

Udo Kempf
Das politische System Frankreichs

Udo Kempf

Das politische System Frankreichs

Eine Einführung

2., neubearbeitete und erweiterte Auflage

Westdeutscher Verlag

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kempf, Udo:

Das politische System Frankreichs: e. Einf. /

Udo Kempf. – 2., neubearb. u. erw. Aufl. –

Opladen: Westdeutscher Verlag, 1980.

(Studienbücher zur Sozialwissenschaft; Bd. 21)

ISBN 978-3-531-21312-5

für Uschi

2., neubearbeitete und erweiterte Auflage, 1980

© 1975, 1980 Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen

Umschlaggestaltung: studio für visuelle kommunikation, Düsseldorf

Satz: Vieweg, Braunschweig

Alle Rechte vorbehalten. Auch die fotomechanische Vervielfältigung des Werkes (Fotokopie, Mikrokopie) oder von Teilen daraus bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages.

ISBN 978-3-531-21312-5

ISBN 978-3-322-85271-7 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-322-85271-7

Inhalt

Abkürzungen	8
Departements und Regionen	10
Vorwort zur 2. Auflage	11
1. Die „republikanische Monarchie“ oder die V. Republik: Übergangsphase und Ausarbeitung der neuen Verfassung	13
2. Die klassischen Prinzipien republikanischer Tradition in Frankreich	22
3. Die janusköpfige Exekutive	25
3.1. Der Staatspräsident	25
3.1.1. Wahlmodus und Stellvertretung	29
3.1.2. Omnipotente Machtbefugnisse	35
3.1.2.1. Die Bestellung des Premierministers	36
3.1.2.2. Die Auflösung der Nationalversammlung	42
3.1.2.3. Der Volksentscheid	44
3.1.2.4. Artikel 16: Die Diktatur „rei publicae servandae“	48
3.1.3. Das Präsidialamt als „Superexekutive“?	50
3.2. Die Regierung	53
3.2.1. Die Minister	54
3.2.2. Der Premierminister	63
3.2.3. Die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament	66
4. Das Parlament	74
4.1. Von der „Herrschaft der Kammern“ zum „rationalisierten Parlament“	74
4.2. Der Funktionsverlust des „rationalisierten Parlaments“	79
4.2.1. Die interne Struktur	79
4.2.2. Die Sitzungsperioden	82
4.2.3. Das Parlamentsbüro	83
4.2.4. Die Ausschüsse	85
4.2.5. Die Tagesordnung	87
4.3. Die Kontrollfunktionen des Parlaments gegenüber der Regierung	88
4.3.1. Das Mißtrauensvotum	88

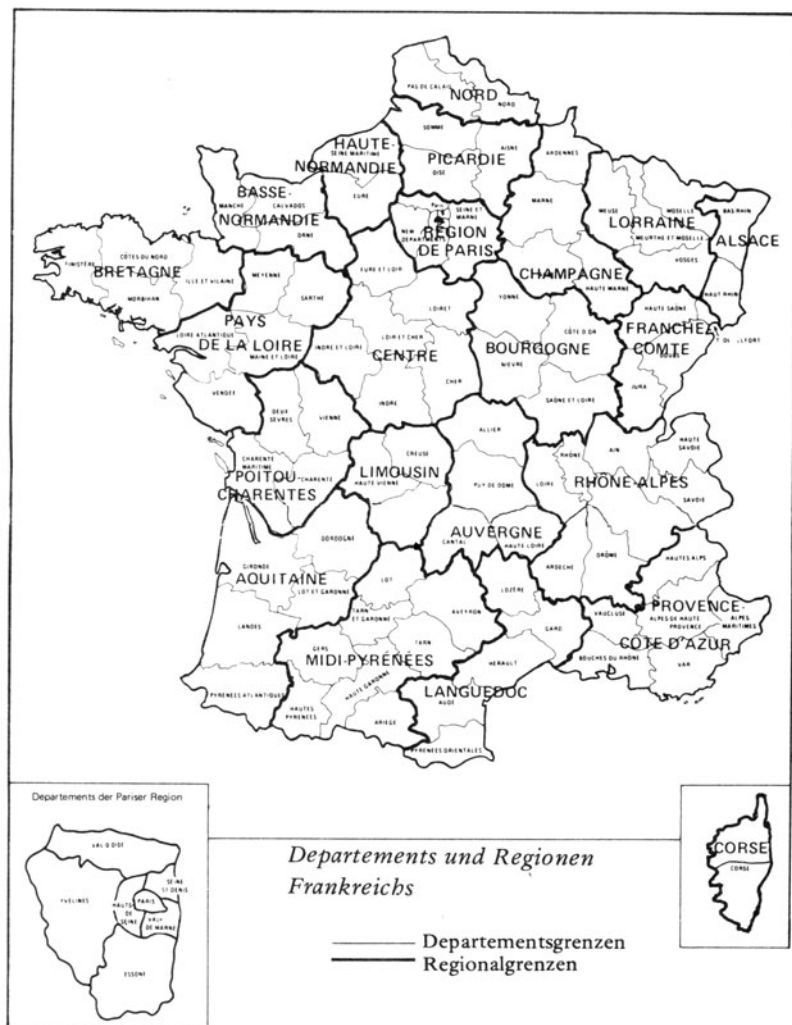
4.3.2.	Die „besondere“ Vertrauensfrage	91
4.3.3.	Untersuchungs- und Kontrollausschüsse	95
4.4.	Der Gesetzgebungsprozeß	98
4.5.	Soziale Herkunft und Schichtung der Abgeordneten .	112
4.6.	Der Verfassungsrat	115
4.7.	Der Wirtschafts- und Sozialrat	119
4.8.	Der Staatsrat	121
5.	<i>Die zentralisierte Republik</i>	124
5.1.	Die Gemeinden	124
5.2.	Die Departements	127
5.3.	Selbstverwaltung durch Regionalisierung?	128
5.4.	Exkurs: Die Bewegung der Regionalisten	130
5.5.	Elitenrekrutierung	131
6.	<i>Das Wahlsystem</i>	135
6.1.	Die Verzerrung des Wählerwillens durch das beste- hende Wahlsystem	135
6.2.	Kandidatenrekrutierung	140
6.3.	Wahlkampffinanzierung	144
6.4.	Wählerverhalten	145
6.5.	Wahlgeographische Veränderungen	148
7.	<i>Die politischen Parteien</i>	160
7.1.	Die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien	163
7.2.	Die Regierungsmehrheit	165
7.2.1.	Die Gaullisten (Rassemblement pour la République, R.P.R.)	165
7.2.2.	Die Republikanische Partei (Parti Républicain, P.R.)	185
7.2.3.	Die Parteien der Mitte:	192
	– Das Centre des Démocrates Sociaux	192
	– Die Radikalsozialisten	192
7.3.	Die Parteien der Linken	196
7.3.1.	Die Parti Socialiste	196
7.3.2.	Die Vereinigte Sozialistische Partei (P.S.U.)	211
7.3.3.	Die linken Radikalsozialisten (Mouvement des Radi- caux de Gauche, M.R.G.)	212

7.3.4.	Die Kommunistische Partei Frankreichs (Parti Communiste Français, P.C.F.)	213
7.4.	Links- und Rechtsextremismus	224
8.	<i>Interessenverbände</i>	226
8.1.	Die Gewerkschaften	227
8.2.	Die Unternehmerverbände	241
9.	<i>Das Bildungssystem</i>	245
10.	<i>Massenmedien</i>	255
10.1.	Die Tagespresse	255
10.2.	Die Wochenpresse	258
10.3.	Pressemonopole	259
10.4.	Die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft	260
11.	<i>Das Wirtschaftssystem</i>	263
11.1.	Bevölkerungsstruktur	264
11.2.	Die Landwirtschaft	271
11.3.	Die Industrie	275
11.3.1	Konzentrationsprozesse	277
11.3.2.	Die staatlichen Unternehmen	287
11.3.3.	Die Evolution der Außenhandelsbeziehungen	288
11.4.	Die Planification als „dritter Weg“?	291
11.4.1.	Zielsetzungen	292
11.4.2.	Organe	293
11.4.3.	Ergebnisse	295
11.5.	Soziale Strukturen: Armut in Frankreich?	296
11.6.	Eine zergliederte Gesellschaft?	309
12.	<i>Abschließende Betrachtungen</i>	311
<i>Anhang</i>		315
I.	Zeittafel	315
II.	Die Staatspräsidenten der V. Republik	317
III.	Die Premierminister der V. Republik	317
IV.	Verfassung	318
V.	Anmerkungen	332
VI.	Auswahlbibliographie	343
VII.	Personen- und Sachregister	350

Abkürzungen

C.C.C.	Comité Consultatif Constitutionnel
C.D.	Centre Démocrate
C.D.P.	Centre Démocratie et Progrès
C.D.R.	Comité de Défense de la République
C.D.S.	Centre des Démocrates Sociaux
C.E.R.E.S.	Centre d'Etudes, de Recherches et d'Education Socialiste
C.F.D.T.	Confédération Française Démocratique du Travail
C.F.T.	Confédération Française du Travail
C.F.T.C.	Confédération Française des Travailleurs Chrétiens
C.G.C.	Confédération Générale des Cadres
C.G.T.	Confédération Générale du Travail
C.G.T.-F.O.	Confédération Générale du Travail – Force Ouvrière
C.I.D.-Unati	Comité d'Information et de Défense – Union Nationale des Travailleurs Indépendants
C.J.P.	Centre des Jeunes Patrons
C.N.I.P.	Centre Nationale des Indépendants et Paysans
C.N.P.F.	Conseil National du Patronat Français
F.E.N.	Fédération de l'Education Nationale
F.G.D.S.	Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste
F.N.E.F.	Fédération Nationale des Etudiants de France
M.R.G.	Mouvement des Radicaux de Gauche
M.R.P.	Mouvement Républicain Populaire
M.S.L.	Mouvement des Sociaux Libéraux
O.A.S.	Organisation de l'Armée Secrète
O.R.T.F.	Office de Radiodiffusion – Télévision Française
P.D.M.	Progrès et Démocratie Moderne
P.R.	Parti Républicain
P.S.	Parti Socialiste
P.S.U.	Parti Socialiste Unifié

R.I.	Républicains Indépendants
R.P.F.	Rassemblement du Peuple Français
R.P.R.	Rassemblement Pour la République
S.F.I.O.	Section Française de l'Internationale Ouvrière
S.M.I.C.	Salaire Minimum Interprofessionnel de Croissance
S.N.E.-sup.	Syndicat National de l'Enseignement Supérieur
S.N.I.	Syndicat National des Instituteurs
U.D.R.	Union des Démocrates pour la République
U.D.T.	Union Démocratique du Travail
U.D.V. ^e .	Union des Démocrates pour la V ^e République
U.G.S.D.	Union de la Gauche Socialiste et Démocratique
U.J.P.	Union des Jeunes pour le Progrès
U.N.E.F.	Union Nationale des Etudiants de France
U.N.R.	Union pour la Nouvelle République



Vorwort zur 2. Auflage

Im Gegensatz zur französischen Außenpolitik und den deutsch-französischen Beziehungen hat das politische System der V. Republik bei deutschen Politikwissenschaftlern bisher nur wenig Interesse gefunden. Außer Klaus Hänsch' kurzer, informativer Landeskunde gibt es keine deutsche Monographie, die einen zusammenfassenden Überblick über Frankreichs Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit 1958 aufzuzeichnen versucht. Die wenigen deutschsprachigen Untersuchungen zu Gewerkschaften und Parteien, erst vor kurzem erschienen, lassen jedoch auf eine stärkere Hinwendung zur Erforschung der V. Republik hoffen.

Die vorliegende Einführung bemüht sich, dem an politischer Bildung interessierten Leser unter Vermeidung des Fachjargons einen informativen Überblick über das politische System zu geben, Grundlinien sowie Grundprobleme aufzuzeigen, Fragestellungen zu entwickeln und vielleicht zu weiteren Detailstudien anzuregen. Dabei bin ich mir bewußt, daß wegen des begrenzten Raums, der für ein so komplexes System wie das der V. Republik zur Verfügung stand, zahlreiche, je nach Interessenlage wichtige Einzelheiten unberücksichtigt bleiben mußten. Trotzdem habe ich mich bemüht, mich nicht nur auf den engeren Bereich des Regierungssystems zu beschränken, sondern das Ineinandergreifen der politischen, ökonomischen und sozialen Kräfte in seinen Grundzügen darzustellen, ohne deren Berücksichtigung Frankreichs heutiges politisches System unverständlich bliebe.

Historische Rekurse auf die Institutionen der III. und IV. Republik als separate Abschnitte wurden bewußt ausgeklammert (hierfür verweise ich Interessierte auf *Klaus von Beyme: Die parlamentarischen Regierungssysteme Europas*), da sie innerhalb der einzelnen, zu den verschiedenen Themen verfaßten Kapitel hinreichend angesprochen werden.

Gegenüber der ersten Auflage berücksichtigt diese zweite die zahlreichen, oft erheblichen Veränderungen im institutionellen Bereich und im Parteienwesen. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen dem Staatspräsidenten und Frankreichs stärkster Parla-

mentsfraktion, den Gaullisten, aber auch für den Zerfall des Linksbündnisses aus Sozialisten, Radikalsozialisten und Kommunisten.

Die übrigen Kapitel wurden ausnahmslos überarbeitet und – so weit möglich – auf den neuesten Stand gebracht. Zahlreiche zusätzliche Schaubilder, Karten und Tabellen sollen dem Leser weitere Informationen liefern.

Freiburg, Juli 1979

Nach Manuskriptabschluß hat ein Ereignis die französische Innenpolitik so stark verändert wie kaum ein anderes in den letzten Jahren: die Reise des Generalsekretärs der P.C.F., Georges Marchais, nach Moskau im Januar 1980 und das rückhaltlose Einschwenken der Kommunistischen Partei Frankreichs auf die außenpolitische Linie der Sowjetunion. Es wird auf Jahre hinaus die Partei und die französische Innenpolitik prägen. Für Illusionen über einen Demokratisierungsprozeß innerhalb der Partei, über einen „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ und über ein Wiederaufleben der seit Herbst 1977 auseinandergebrochenen Linksunion mit den Sozialisten dürfte nach diesem Besuch kein Raum mehr sein.

Eine neue Linksunion, zu der die Sozialisten trotz der jüngsten Ereignisse die Kommunisten auffordern, kann für diese aber nur durch „Aktionen an der Basis, durch eine Union in Arbeitskämpfen und durch eine mächtige Volksbewegung entstehen, auf die sich dann die Vereinbarungen zwischen den Linksparteien stützen sollen“. Bei einer solchen Taktik könnte sich die P.C.F. auf die stärksten Bataillone stützen.

Für die Präsidentschaftswahlen 1981 wollen die Kommunisten einen eigenen Kandidaten aufstellen und im zweiten Wahlgang auf keinen Fall „die Rechte privilegieren“; da in ihren Augen aber die Sozialistische Partei Giscard d'Estaings heutige Politik stützt, kann sich die Weigerung der P.C.F., „die Rechte zu privilegieren“, auch gegen den sozialistischen Kandidaten richten. Der Wahlsieg des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing bei der Präsidentschaftswahl 1981 ist unter solchen Voraussetzungen schon heute mehr als wahrscheinlich.

Freiburg, Februar 1980